

Stakeholder Participation in Sub-Sahara Africa: - A Network Approach -

Dipl. Volksw. Sascha Stark

1. Berichterstatter: Prof. Dr. Dr. Christian H.C.A. Henning

Das Konzept der Stakeholder Partizipation ist ein zentraler Ansatz in der Entwicklungspolitik. Neben dem Postulat, dass Stakeholder Partizipation demokratischen Grundwerten entspricht, werden partizipative Politikprozesse insbesondere proklamiert, da diese zu der Formulierung effizienterer Entwicklungspolitiken führen sollen. Die aktive Einbindung der Stakeholder in die Politikprozesse erhöht die Transparenz und schafft somit höhere Anreize für Politiker, Politiken zu implementieren, die den tatsächlichen Interessen ihrer Bürger entspricht und nicht den Partikularinteressen organisierter Wirtschafts- oder Politikeliten dient. Andererseits haben Politiker oft nicht die notwendigen Sachkenntnisse, um die Wirkung spezieller Politikmaßnahmen einzuschätzen, so dass ineffiziente und ineffektive Politiken oft die Folge von fehlendem politischem Fachwissen (*Knowledge Gaps*) und weniger die Folge von Anreizproblemen (*Incentive Gaps*) sind. In diesem Zusammenhang wird argumentiert, dass partizipative Politikprozesse einen Beitrag zur Reduktion der politischen *Knowledge Gaps* leisten. Inhaltlich erfolgt dies einerseits durch die Partizipation von lokalen Stakeholdern, die oft die lokalen Sachzusammenhänge besser kennen als gewählte nationale Politiker. Andererseits erfolgt dies im Rahmen sogenannter *Evidence-Based* Politikprozesse durch die aktive Einbindung von Forschungseinrichtungen in die Politikformulierung. Zentrale Mechanismen partizipativer Politikprozesse, die in der Literatur hinsichtlich einer erhöhten politischen Performanz diskutiert werden, sind *Government Accountability*, d.h. eine erhöhte Rechenschaftspflicht der Regierung gegenüber ihren Bürgern, der Abbau von *Government Capture*, d.h. die Reduktion der Anreize gewählter Politiker Partikularinteressen auf Kosten des Allgemeinwohls zu vertreten sowie *Political Ownership*, d.h. die Zivilgesellschaft identifiziert und engagiert sich mit und für die Regierungspolitik, wodurch die politischen Implementierungskosten erheblich gesenkt werden. Allerdings wurden in der Literatur bislang weder ein klares methodisches Konzept noch ein mikropolitisch fundierter theoretischer Rahmen entwickelt, der es erlaubt, die Effekte partizipativer Prozesse empirisch zu messen und quantitativ zu analysieren. In dieser Arbeit werden netzwerkbasierende Methoden entwickelt, die nicht nur eine quantitative Messung von Partizipationsstrukturen ermöglichen, sondern insbesondere auch eine quantitative Analyse ihrer zentralen Wirkungsmechanismen erlauben. Die Anwendung anhand empirischer Netzwerkdaten erfolgt an den Fallbeispielen von Ghana, Senegal und Uganda vor dem Hintergrund des CAADP Reformprozesses. Zentrale Ergebnisse der empirischen Analysen sind, dass sich charakteristische Partizipationsmuster in den drei afrikanischen Ländern identifizieren lassen, die u.a. durch eine Dominanz internationaler Donororganisationen gegenüber nationalen CSOs gekennzeichnet sind. Interessanter Weise sind weder die ermittelten *Government Accountability* noch die *Government Capture* Indikatoren mit dem politischen bzw. wirtschaftlichen Entwicklungsstand der drei Länder korreliert. Insofern widersprechen die Ergebnisse des Ländervergleichs weitverbreiteten Hypothesen der *Comparative Political Economy* Literatur, wonach mangelnde politische Performanz in Entwicklungsländern zentral auf politische Anreizproblematiken zurückzuführen ist. Der Indikator für *Political Ownership* erzielt hingegen die erwarteten Resultate, d.h. letztere ist mit Abstand am höchsten in Ghana, gefolgt von Senegal, während diese am geringsten in Uganda mit dem niedrigsten Entwicklungsstand ist. Weiterhin unterstreichen die Netzwerkstrukturen in Ghana und Senegal *Evidence-Based* Politikprozesse, während die zentrale Position der Industrie in Uganda auf klassische verzerrte Lobbyingstrukturen hinweist. Im Rahmen eines ERGM-MCMC Ansatzes wurde die statistische Robustheit der ermittelten Netzwerkstrukturen und der abgeleiteten Partizipationsindikatoren getestet. Allgemein ergaben sich robuste Strukturen. Lediglich hinsichtlich *Government Capture* konnten keine signifikanten Unterschiede zwischen den drei Ländern festgestellt werden. Darüber hinaus konnte ein signifikanter Zusammenhang zwischen politischen Kommunikationsnetzwerken und den ermittelten *Policy-Beliefs* der Stakeholder identifiziert werden, dieses Ergebnis kann als empirische Unterstützung des unterstellten theoretischen Netzwerkmodells der politischen *Belief*-Formation interpretiert werden.

Kiel, den 1.12.2016

Prof. Dr. Dr. Christian H.C.A. Henning